

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2377

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2377](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2377)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

## **JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2020**

---

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

### **Solidarität als Voraussetzung für die Zukunft der Demokratien**

Das Jahr 2020 markiert den Beginn eines neuen Jahrzehnts und bietet daher die Gelegenheit, eine Bilanz zu ziehen. Ein Überblick über unser unmittelbares und entfernteres Umfeld zeigt bestenfalls gemischte Wirtschaftsaussichten, kaum mehr als zehn Jahre nach der letzten schweren Krise. Die soziale Situation verschlechtert sich in vielen Ländern, und manchmal schützt auch Arbeit nicht mehr vor Armut und Unsicherheit. Überall – und das hängt klar zusammen – sinkt das Vertrauen in die Regierungen und im weiteren Sinne in die Institutionen, was entweder zum individuellen Rückzug oder zur Hinwendung zu autoritären oder völkisch-identitären Lösungen führt. Dieser Prozess ist schon so weit fortgeschritten, dass er die demokratischen Grundlagen in vielen Regionen der Welt geschwächt wurden.

Der in vielen Ländern und zu vielen Themen zum Ausdruck gebrachte Volkszorn hat sehr reale Ursachen. In den letzten drei Jahrzehnten haben die Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen stark zugenommen. Seit der Krise 2008 ist das nicht anders, im Gegenteil: Die Akkumulation von Kapital in den Händen einiger weniger und dessen Horten in Unternehmen hat zu einer realen Stagnation der Kaufkraft sehr grosser Teile der Bevölkerung geführt. Erfreulicherweise hat die Arbeit der Gewerkschaften gegen Dumping und für bessere Gesamtarbeitsverträge insbesondere in der Schweiz zu einigen Erfolgen geführt, vor allem im Bereich der niedrigeren Löhne. Tatsache bleibt jedoch, dass viele hart arbeitende Menschen keine wirklichen Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben.

Schlimmer noch, auch die kollektiven Solidaritätsmechanismen werden in unterschiedlichem Ausmass unerbittlich angegriffen. Die Systeme zur Gewährleistung eines Einkommens für Rentner, Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen wurden mehr oder weniger frontal angegriffen. In der Schweiz konnten mehrere dieser Versuche verhindert werden, hauptsächlich durch die progressive Bewegung, mit den Gewerkschaften in zentraler Position. Aber in vielen Fällen, wie z.B. bei der Altersvorsorge, ist es neben dem nicht enden wollenden Rückgang der Renten in der 2. Säule auch die Untätigkeit, d.h. die fehlende Anpassung der Leistungen an die Preis- und Lohnentwicklung, die eine Form der Schwächung in kleinen Schritten darstellt. Die Folge ist, dass die Aussichten auf den Ruhestand nur noch schlechter werden und wir de facto eine Privatisierung der Altersvorsorge erleben, eine Privatisierung, die für die Arbeiter- und Mittelschicht sehr kostspielig ist.

Auch die Entsolidarisierung der Gesellschaft kommt in schleichender Form daher. Es geht darum, die Arbeit unter dem Deckmantel vermeintlich neuer Funktionen im Zusammenhang mit der digitalen Technologie durch Outsourcing, die Vergabe von Dienstleistungen an Subunternehmer und den zunehmenden Einsatz von Zeitverträgen prekärer zu gestalten. Sie beinhaltet die Forderung nach einer erhöhten Verfügbarkeit für den Arbeitgeber. Ausserhalb der Arbeitswelt drückt sie sich auch in Tendenzen zur Wohnsegregation aus, wenn die Marktmieten in bestimmten städtischen oder vorstädtischen Gebieten eine wirkliche Vermischung effektiv ausschliessen.

Kann man sich vorstellen, dass eine Wirtschaft, die nicht nach und nach die Situation aller verbessert, die an der Schaffung von Wohlstand beteiligt sind, nachhaltig funktionieren kann, ohne Gefühle der Ausgrenzung oder Revolte zu verursachen? Die Erfahrung lehrt uns, dass das nicht geht. Die Schweiz ist zwar nicht am schlechtesten aufgestellt, aber sie ist nicht immun gegen das wachsende Misstrauen gegenüber den Behörden und das Gefühl, dass die verschiedenen Gesellschaftsschichten nun getrennte Schicksale leben. Resultat: keine Reform, kein grosses Projekt könnte mehr Mehrheiten finden, weder im öffentlichen Diskurs, noch in Volksabstimmungen.

Um nicht in diese Sackgasse zu geraten, muss der Staat seine strategische Rolle zurückgewinnen und es müssen wieder starke Solidaritätsmechanismen entwickelt werden. Nur dann werden wir in der Lage sein, die Einheit und den Zusammenhalt wiederherzustellen, die notwendig sind, um die grossen Herausforderungen zu bewältigen, die vor uns liegen, vom Kampf gegen die globale Erwärmung bis hin zu den Beziehungen zu unseren Nachbarn. Die ehrgeizige soziale Agenda, die wir fordern, ist keine abstrakte Idee: Sie ist die *conditio sine qua non* dafür, dass die Schweiz weiterhin Reformen durchführen, friedliche Handels- und diplomatische Beziehungen mit ihren Partnern unterhalten und die neuen Probleme angehen kann. Im Ausland beginnt man, diese soziale Anforderung zu verstehen. In Deutschland, Spanien und Portugal wurden auf Druck linker Kräfte deutliche Lohnerhöhungen durchgesetzt oder angekündigt – und auch die Vorwahlen der Demokraten in den USA spiegeln diese Rückkehr der sozialen Frage wider. In anderen Ländern, wie z.B. in Chile, Polen oder neuerdings im Vereinigten Königreich, sind es rechte Mehrheiten, die solche Erhöhungen durchsetzen wollen.

Das Dossier von Daniel Lampart, das wir heute veröffentlichen, verdeutlicht mit Zahlen diese Notwendigkeit, die Solidaritätsmechanismen zu erneuern. Wir wollen im Jahr 2020 diese lange neoliberale Episode beenden. Wir beginnen das Jahr nicht, indem wir eine Liste von Forderungen und Projekten vorlegen. Vielmehr legen wir im Gegenteil ein vollständiges und kohärentes Analyseraster vor, anhand dessen wir die wichtigsten Themen des Jahres abarbeiten werden. Von der Altersvorsorge bis zum Klimawandel, von der europäischen Frage bis zur Frage der Beschäftigung und der Löhne werden wir diese einfache, aber wirksame Idee verteidigen: Ein konkretes und starkes Wiederaufleben der Solidarität und des sozialen Fortschritts sind die unabdingbare Voraussetzung für jedes ehrgeizige Zukunftsprojekt.



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

SGB-Jahre-Medienkonferenz, 9. Januar 2020

## **Wilde Konkurrenz oder institutionelle Solidarität?**

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, Vize-Präsidentin SGB

**Die Gesamtarbeitsverträge sind zentrale und unverzichtbare Institutionen der Solidarität innerhalb der Branchen – trotz grossen Erfolgen in den letzten Jahren sind sie heute in akuter Gefahr.**

Die politischen Institutionen der Solidarität sind seit Jahrzehnten heftigen Angriffen von Seiten der neoliberalen und nationalkonservativen Kräfte ausgesetzt. Daniel Lampart hat das in seinem Beitrag detailliert dargelegt. Ähnliches lässt sich auch über die Institutionen der Sozialpartnerschaft sagen, die die Mechanismen des Ausgleichs, der kooperativen Entwicklung und der Regulierung in den Branchen etablieren. Auch sie stehen seit Jahrzehnten unter heftigem Beschuss rechter Kreise und wirtschaftlicher Monopolisten (neuerdings globale Tech-Grosskonzerne à la Uber, Google und Facebook). Ihr Angriff gilt nicht zuletzt uns Gewerkschaften, die seit 150 Jahren wie keine andere gesellschaftliche Kraft zur Entwicklung der sozialpartnerschaftlichen Institutionen beigetragen haben.

Im Zentrum steht die Frage: Soll sich die Konkurrenz der Einzelnen ungehemmt entfalten und in einen Kampf aller gegen alle münden, in dem «der Stärkere» gewinnt? Oder ist es zum Wohle aller besser, wenn der Konkurrenz Grenzen gesetzt werden und nicht sie sondern die Solidarität unser Handeln leitet? Was ist besser für die Entwicklung unserer Gesellschaft und letztlich für uns alle?

Beantworten möchte ich diese Frage am Beispiel der Gesamtarbeitsverträge (GAV) als zentrales Instrument des branchenpolitischen Ausgleichs. Was bewirken GAV? Warum sind sie wichtig? Ich möchte drei zentrale Vorteile nennen:

1. Sie – insbesondere die AVE-GAV – setzen für alle Arbeitnehmende gültige Mindeststandards (Lohn und Arbeitsbedingungen) und damit der Arbeitsmarktkonkurrenz Grenzen. Sie sind die Basis für gelebte Solidarität unter den Arbeitnehmenden und für sozialen Fortschritt in den Branchen (z.B. Frühzeitige Altersrücktritte).
2. Sie sorgen für gleich lange Spiesse unter den Arbeitgebern und verhindern das skrupellose, ausbeuterische Dumping-Firmen seriöse Unternehmen aus dem Markt drängen.

### **Grosse Erfolge in den letzten Jahren**

Die Erfolge, die wir in den letzten Jahren mit dem «Solidaritäts-Instrument» GAV erzielt haben lassen sich sehen:

- Gemäss den Berechnungen von OECD ist die GAV-Abdeckung seit 2000 in der Schweiz gestiegen, während sie in Deutschland und anderen Ländern gesunken ist.
- Die Schweiz verfügt über eine bessere Entwicklung im Tieflohnbereich als die Nachbarländer (siehe auch Dossier SGB). Konkret zu nennen sind die positive Lohnentwicklung im LGAV Gastgewerbe und im GAV Reinigung. Die Mindestlohnkampagne der Gewerkschaften in den letzten zwei Jahrzehnten war dabei entscheidend. Die Ausweitung eines grossen Tieflohnsektors konnte – im Unterschied z.B. zu Deutschland - verhindert werden. Dank eines starken öffentlichen Drucks

konnten diverse Erfolge erzielt werden: Einführung von Mindestlöhnen im GAV MEM, höhere Löhne in Gartenbau, Sicherheit, Reinigung, u.a.m. Viele öffentliche Arbeitgeber eliminierten tiefste Lohngruppen. Auch einige bekannte Firmen zogen nach und machten mit Löhnen über 4'000 Franken Werbung (Aldi, Lidl, H&M).

### **Angriffe aus Wirtschaft und Politik**

Diese Erfolge kamen trotz einer Arbeitsmarktöffnung (Einführung der Dienstleistungsfreiheit) und einer für die Schweiz nach wie vor erheblicher Arbeitslosigkeit zu Stande. Das zeigt, wie wichtig die flankierenden Massnahmen sind sowie ein funktionierendes Kontroll- und Sanktionssystem gegen GAV-Verstösse. Also all das, was die SVP mit ihrer Kündigungs-Initiative abschaffen will. Eine Annahme dieser Initiative wäre eine Katastrophe für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz, auch für jene Hälfte, die nicht direkt einem GAV untersteht. Es droht eine Verschärfung der Arbeitsmarktkonkurrenz und eine Dumping-Spirale. Die Bekämpfung dieser SVP-Initiative ist darum die politische Hauptkampagne der Gewerkschaften in diesem Jahr!

Aber nicht nur politisch sind unsere GAV-Erfolge unter Druck. Auch aus Arbeitgeberkreisen weht uns seit Jahren ein immer kälterer Wind entgegen. Das Verständnis für die Bedeutung der Institution GAV gerade auch für die Zehntausenden von KMU und Kleinbetrieben, die den Kern der Schweizer Wirtschaft ausmachen, ist da zum Teil abhandengekommen.

### **Misstände dauern an – neue kommen hinzu**

Was sind die Folgen eines einseitigen Konkurrenz- und Profitdenkens innerhalb gewisser Arbeitgeberkreise?

- Es kommt zu immer mehr individuellen statt generellen Lohnerhöhungen. Wer wieviel Lohn bekommt, ist kaum kontrollierbar. Die Folge: Lohnstagnation und Kaufkraftverlust, teilweise seit Jahren!
- Tiefelöhne sind das grosse Problem. Gegen eine halbe Million Arbeitnehmende hat einen Tieflohn von weniger als 12x 4'330 Franken.<sup>1</sup> Das sind rund 10% aller Beschäftigten, davon sind 300'000 Frauen! In den persönlichen Dienstleistungen (Körperpflege, etc.) sind es 59%; im Gastgewerbe 50%, im Detailhandel 26%. Bei den Arbeitgebern handelt es sich dabei nicht nur um serbelnde Kleinbetriebe – es können Fünfsterhotelketten sein oder Kleiderketten, die ihre Besitzer zu Multimillionären und Milliardären machen!
- Die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen greift um sich. Zum kontinuierlichen Wachstum der Temporärarbeit, bei der wir Diskriminierungen mit dem GAV nur beschränkt auffangen können, kommen neue, «digitale Auslagerungsstrategien» von Grosskonzernen, wie sie heute über die Plattformwirtschaft laufen (z.B. Mila bei Swisscom).

### **Unser Kampf gegen verschärftes Profit- und Konkurrenzdenken in den Branchen**

Die bestehenden Misstände und Negativentwicklungen prägen unsere GAV-Agenda 2020.

- Folgende Punkte bilden den Kern einer branchenübergreifenden Lohnkampagne mit nationaler Demo im September:
  - für eine gerechte Verteilung und gegen tiefe Löhne
  - für den Ausgleich der Kaufkraftverluste und generelle Lohnerhöhungen in diversen GAV
  - für die Umsetzung der Lohngleichheit der Frauen
  - für zusätzliche GAV und Mindestlöhne, wo diese fehlen – insbesondere in Branchen mit hohem Frauenanteil.
- Wir wollen in breiten Gesellschaftskreisen Bewusstsein schaffen für (Mindest-)Bedingungen würdiger Arbeit:

---

<sup>1</sup> BFS (LSE 2016 publiziert Mitte 2018)

- Im Widerstand gegen die Uberisierung der Wirtschaft fordern wir, dass GAV und Arbeitgeberpflichten auch in diesen scheinbar «ausgelagerten» Bereichen durchgesetzt werden müssen.
  - Geregelter Arbeits- und Lohnbedingungen auch für Plattform-ArbeiterInnen (kein dritter Status; siehe Unia-Presskonferenz 3.12.2019)
  - Umsetzung des Minimal-Equal-Pay im GAV Personalverleih
- Darüber hinaus stehen die Erneuerung folgender GAV an: Gastgewerbe, Personalverleih, Maler/Gipser, Tankstellenshops, Coiffure, Chemie, Pharma.

### **Wir brauchen nicht mehr Konkurrenz, sondern mehr Solidarität**

Unsere Gesellschaft ist in der Krise, weil die Institutionen der Solidarität, dem Konkurrenzkampf um Profite nicht mehr ausreichend Grenzen setzen. Wir brauchen darum mehr Solidarität, statt immer mehr Konkurrenz. In der Branchenpolitik heisst das: Mehr und bessere AVE-GAV, verbindliche Mindestlöhne für alle Bereiche, wirksamere FlaM und Kontrollen.

Diese institutionelle Solidarität wird uns nicht geschenkt werden. Sie ist uns noch nie geschenkt worden, sondern sie ist das Resultat langer sozialer Kämpfe, die die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitnehmenden geführt haben und noch führen müssen.

Das wird auch 2020 und in den nachfolgenden Jahren nicht anders sein. So gesehen sind die GAV nicht nur die Basis für gelebte Solidarität in den Branchen. Dasselbe gilt auch umgekehrt: Nur dank der gelebten Solidarität der Arbeitnehmenden in den Betrieben, in den Branchen und in der Gesellschaft bzw. Politik können wir mehr institutionalisierte Solidarität in Form von besseren GAV erkämpfen.

### **Weitere Informationen:**

Vania Alleva, Präsidentin Unia, 079 620 11 14

## **JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2020**

---

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Sekretariatsleiter

### **Nur eine Wirtschaft, die der ganzen Bevölkerung nützt, hat Zukunft**

Mehr als 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise entwickelt sich die Wirtschaft wieder fragil. Viele Erklärungen dafür, wie der Handelskonflikt zwischen den USA oder China, greifen zu kurz und sind eher Symptom als Ursache.

Viel mehr stehen ähnliche Faktoren dahinter wie diejenigen sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte, welche bereits wesentlich zur Finanzkrise beigetragen haben. Wie beispielsweise der damalige IWF-Chefökonom Rajan<sup>1</sup> früh erkannte, waren die wirtschaftsliberale Doktrin mit den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterungen für grössere Teile der US-Bevölkerung ein wichtiger Treiber der Krise. Diese Probleme wurden bis heute nicht ausgeräumt. Weder in den USA, noch in Europa, wo mittlerweile sogar der Internationale Währungsfonds für Deutschland zum Schluss kommt<sup>2</sup>, dass die ungenügende Lohnentwicklung und das Anhäufen von Gewinnen in den Firmen schwer auf der Wirtschaft lasten – trotz den Verbesserungen beim Mindestlohn und bei der Finanzierung der Krankenversicherung. Mittlerweile ist weitgehend unbestritten, dass diese ökonomischen Probleme die rechtspopulistischen Strömungen befördern und somit auch den Handelskonflikt mitverursachen.<sup>3</sup>

### **„Entsolidarisierung“ in der Schweiz seit den 1990er Jahren: Leistungskürzungen und Auslagerungen**

Diese wirtschaftspolitische Doktrin hinterliess auch in der Schweiz ihre Spuren, wenn auch weniger stark als in den USA oder in Deutschland. Das zeigt die heute veröffentlichte Analyse des SGB. Erstmals sichtbar wird das Anfang der 1990er Jahre, als die Firmen in einem seit den 1930er Jahren nicht mehr gesehenen Ausmass Personal entliessen – erstmals auch ältere MitarbeiterInnen. Bis Anfang 2000 war die Sozialpolitik bereit, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ALV auszubauen, um die Betroffenen aufzufangen. Doch dann begannen die Arbeitgeberkreise bei der

---

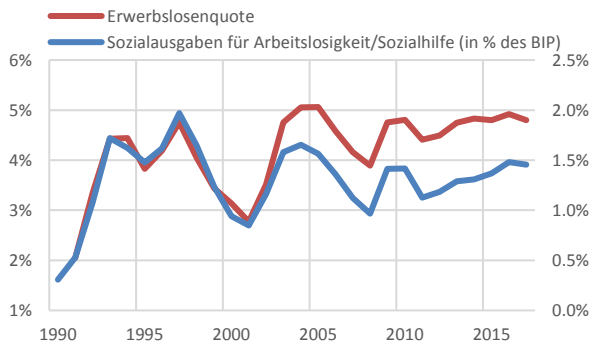
<sup>1</sup> Rajan, R. (2010): Fault Lines, Princeton. «The most important example [...] is rising income inequality in the United States and the political pressure it has created for easy credit» (S. 8).

<sup>2</sup> <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2019/07/09/Germany-2019-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-47093>.

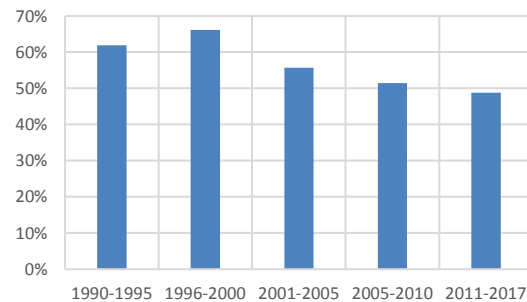
<sup>3</sup> Für Deutschland: S. C. Franz et al (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, DIW-Wochenbericht 34/2019. [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.672900.de/publikationen/wochenberichte/2019\\_34/gruene\\_und\\_afd\\_als\\_neue\\_gegenpole\\_der\\_gesellschaftlichen\\_spaltung\\_in\\_deutschland.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.672900.de/publikationen/wochenberichte/2019_34/gruene_und_afd_als_neue_gegenpole_der_gesellschaftlichen_spaltung_in_deutschland.html)

ALV und der IV Leistungskürzungen einzuleiten – gegen den „Sozialmoloch Schweiz“, wie der damalige Arbeitgeberdirektor Hasler polemisierte. Immer mehr Leute wurden in die Sozialhilfe abgedrängt. Die Sozialleistungen pro Erwerbslosen gingen deutlich zurück (s. Grafiken unten).

### Erwerbslosenquote und Sozialausgaben



### Ersatzquote bei Erwerbslosigkeit: Indikator<sup>4</sup> (Sozialleistungen in % des durchschn. Lohnes)



Quelle: BSV, BFS, Berechnungen SGB

Stark sind auch die Veränderungen in den Firmen – Auslagerungen von Dienstleistungen wie Reinigung, Sicherheit usw., aber auch die Temporärarbeit oder die Vergabe an Subunternehmen nahmen zu. Vor rund 30 Jahren sassen beim Weihnachtsessen einer grossen Firma auch der Hauswart, das Sicherheits- oder das Reinigungspersonal mit am Tisch. Heute ist das kaum mehr der Fall. Im Gegenteil: Mit der „Plattformwirtschaft“ sollen Arbeitnehmende neu sogar missbräuchlich als Selbständige beschäftigt werden können. Die Auslagerungen führten zu mehr sozialer Ungleichheit – denn z.B. eine Reinigungsangestellte hat bei einer Grossfirma rund ein Viertel bis ein Drittel mehr Lohn als bei einem Reinigungsunternehmen<sup>5</sup>. Dies verstärkte eine gesellschaftliche Entfremdung und Segmentierung. Heute bewegen sich die studierten Bankangestellten und das Reinigungspersonal in völlig verschiedenen Welten. Die Lohnschere ging wegen den neu eingeführten Bonuslohnsystemen noch zusätzlich auf, wodurch die Topgehälter Grössenordnungen erreichten, welche zuvor kaum jemand für möglich gehalten hätte. Generelle Lohnerhöhungen, die allen Angestellten zugutekommen, werden hingegen seltener gewährt.

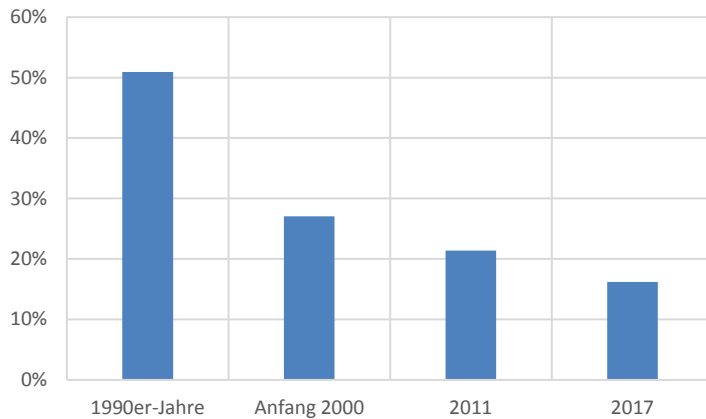
<sup>4</sup> Sozialleistungen für Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung gemäss Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit (GRSS) pro ErwerbsloseN dividiert durch den Durchschnittslohn (Arbeitnehmereinkommen gemäss VGR/Beschäftigung gemäss BESTA).

<sup>5</sup> Standardisierter Medianlohn für Vollzeitstellen für Reinigungspersonal/Hilfskräfte (ISCO 91) in der Branche Gebäudebetreuung; Garten- u. Landschaftsbau 3815 Fr., in Finanzdienstleistungen 4763 Fr., in Versicherungen 5218 Fr., in Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialvers. 5138 Fr.



### Anteil Reinigungspersonal, das nicht ausgelagert ist - Schätzung<sup>6</sup>

(Anteil am Total der Erwerbstätigen mit Reinigungsberuf)



Quelle: BFS, Berechnungen SGB

Die Angriffe auf die Gewerkschaften und die Gesamtarbeitsverträge (GAV) scheiterten hingegen. Arbeitgeberpräsident Richterich bezeichnete die GAV 1992 als „Auslaufmodell“. Faktisch stieg die Zahl der allgemeinverbindlich erklärten GAV (AVE GAV) von 14 (1995) auf heute rund 50 (Bund und Kantone). Den Gewerkschaften gelang es, GAV neu auch in verschiedenen Dienstleistungsbranchen wie der Reinigung oder Sicherheit zu etablieren und die Mindestlöhne in bestehenden GAV stark anzuheben. Die unteren und mittleren Löhne entwickelten sich in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern wie Deutschland oder den USA daher relativ gut.

Bei der Altersvorsorge beschlossen National- und Ständerat im Jahr 1972 einstimmig (!) eine Verdopplung der AHV-Renten – auf ein Niveau, welches gemessen am Lohn deutlich höher war als heute<sup>7</sup>. Auch aus Solidaritätsgründen, wie es in der Ratsdebatte damals hiess. Ab den 1990er Jahren hatten die AHV-Leistungen zunehmend Gegenwind – befeuert durch die hyperpessimistischen Szenarien des Bundes.<sup>8</sup> Bundesrat Merz schlug 2004 sogar vor, „Sozialversicherungen so weit als möglich zu privatisieren“. Die Angriffe auf die AHV waren politisch aber chancenlos.<sup>9</sup>

Wenig später begannen sich die Rentenprobleme vor allem in den Pensionskassen zu akzentuieren. Die Pensionskassenrenten sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Wer heute pensioniert wird, hat – gemessen am Lohn – spürbar weniger Rente.

<sup>6</sup> Berechnung: Anteil Reinigungspersonal, das nicht ausgelagert ist = 1- Beschäftigte in der Reinigungsbranche/Erwerbstätige mit Reinigungsberuf

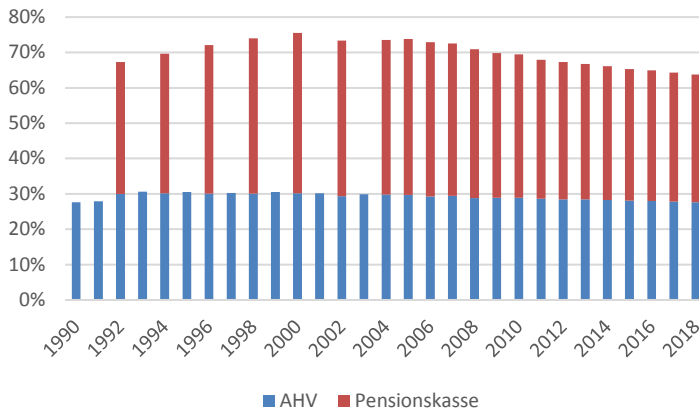
<sup>7</sup> Die durchschnittliche AHV-Rente betrug 1975 rund 27 Prozent des damaligen Durchschnittslohnes (pro VZÄQ). Heute liegt sie bei rund 21 Prozent.

<sup>8</sup> Die damalige Interdepartementale Arbeitsgruppe IDAFISO produzierte eine kolossale kollektive Fehlleistung. Das Schweizer BIP wuchs nicht wie damals angenommen mit tiefen 1.3 Prozent (1995-2010) bzw. 0.5 Prozent (2010-2025), sondern mit 2.0 Prozent bzw. 1.8 Prozent. Zudem musste Bundesrat Burkhalter später zugeben, dass das AHV-Modell des Bundes mit strukturell falschen Annahmen arbeitete.

<sup>9</sup> Einzig die 10. AHV-Revision kam durch. Diese enthielt zwar eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. Doch diese Erhöhung wurde mit Leistungsverbesserungen und -garantien (ca. 80 Prozent der Leistungskürzungen) wie beispielsweise den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften kompensiert.

### Indikator „Ersatzquote“ aus AHV und 2. Säule

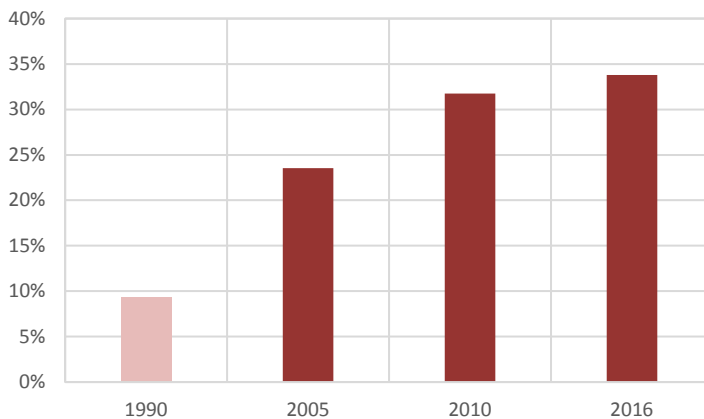
(Durchschnittsrente in % des Durchschnittslohnes)



Quelle: BSV, BFS, Berechnungen SGB

Wer es sich finanziell leisten kann, versucht diesen Rentenrückgang durch individuelle Vorsorgeanstrengungen zu kompensieren. Damit wird auch die Solidarität in der Altersvorsorge unterlaufen. Im Unterschied zur AHV gibt es in der 3. Säule keine solidarische Umverteilung von den hohen zu den unteren Einkommen. Und auch die Arbeitgeber zahlen keine Beiträge. Die 3. Säule ist vor allem ein Steuersparinstrument für obere Einkommen. Die Einzahlungen in die 3. Säule haben markant zugenommen. Gegenwärtig sind es rund 10 Mrd. Fr. pro Jahr. Das entspricht ungefähr einem Drittel der jährlichen AHV-Lohnbeiträge. Faktisch läuft diese Entwicklung auf eine schleichende Teil-Privatisierung der Altersvorsorge hinaus. Denn der Aufbau der 3. Säule erfolgt bei Banken und Versicherungen, die damit Gewinne erzielen.

### Einzahlungen in Säule 3a in Prozent der gesamten AHV-Lohnbeiträge



Quelle: BSV, Berechnungen SGB

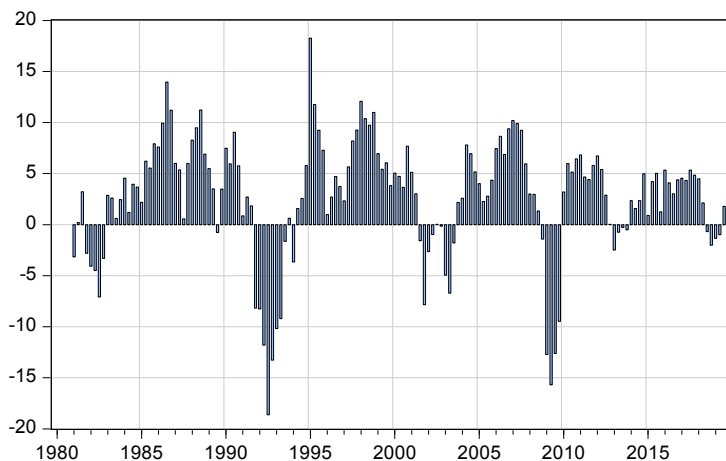
### Firmen bunkern Gewinne, statt zu investieren – und der Bevölkerung fehlt es an Kaufkraft

Gegen Ende 2019 hat sich die weltwirtschaftliche Lage wieder etwas stabilisiert. Der Auftragseingang in der Industrie bildete sich nicht mehr weiter zurück. Insbesondere in Deutschland geht es wieder leicht aufwärts. Das wird auch die Schweizer Exporte wieder etwas beleben. Der SGB prognostiziert für 2020 ein BIP-Wachstum von 1.5 Prozent, eine Teuerung von 0.4 Prozent und eine Arbeitslosenquote von 2.5 Prozent.

Rückblickend muss man die wirtschaftliche Erholung in den letzten Jahren dennoch als enttäuschend bezeichnen. Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen war vergleichsweise schwach – in der Schweiz, aber auch in Ländern wie Deutschland. Obwohl der Investitionsbedarf gross wäre – u.a. zur Verhinderung des Klimawandels.

### Reale Ausrüstungsinvestitionen in der Schweiz

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent)



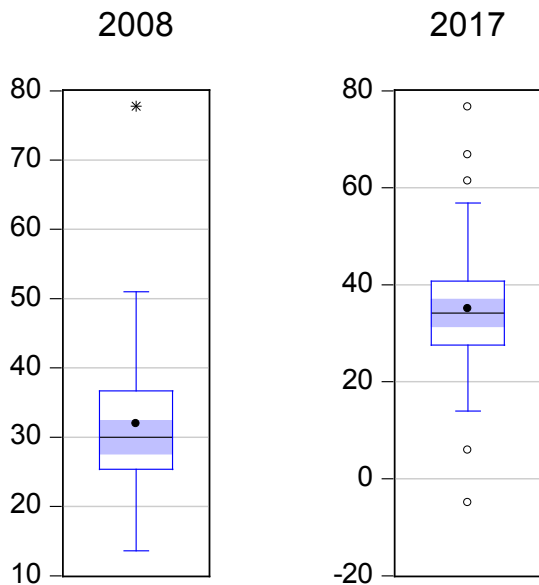
Quelle: BFS, Seco, Berechnungen SGB

Zweifelloos hat die starke Aufwertung des Frankens die Investitionstätigkeit in der Schweiz gebremst. Doch daneben gibt es noch weitere, fundamentale Faktoren – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Die Firmen bunkern immer mehr Gewinn. Die Eigenkapitalquoten sind ausgesprochen stark gestiegen. Die „Verschuldung“ in den Industrieländern hat daher nicht – wie oft kolportiert – zu-, sondern abgenommen.

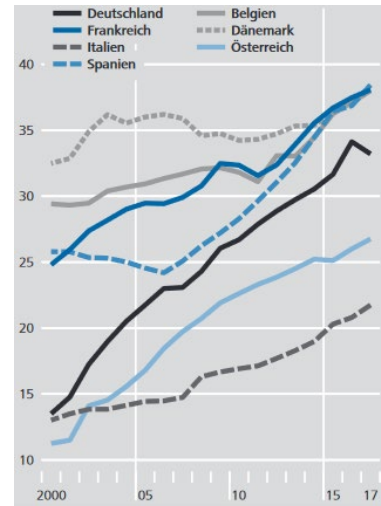
### Eigenkapital der Firmen in Prozent der Bilanzsumme (ohne Banken/Versicherungen)

(Verteilung in der Schweiz)

(Länderspezifischer Median)



Quelle: BFS, Berechnungen SGB



Quelle: Deutsche Bundesbank<sup>10</sup>

Auch die Staaten im nördlichen Teil Europas sparen.“ In der Schweiz beträgt das Nettovermögen von Bund, Kantonen und Gemeinden mittlerweile – je nach Definition – zwischen 90 und 257 Mrd. Fr. Das gab es noch nie. Wenn so viel gespart wird, ist es alles andere als überraschend, dass die Zinsen so tief sind.

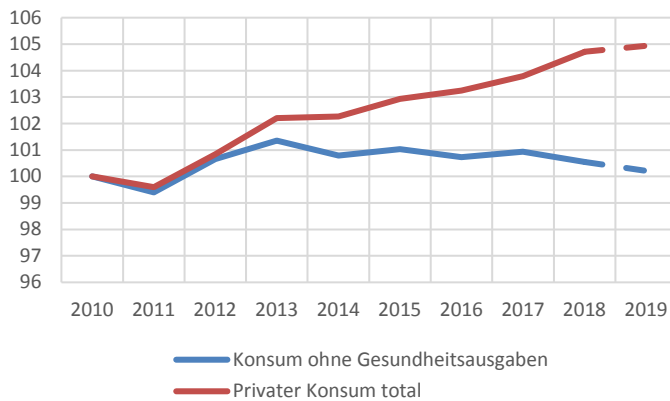
Das schlägt sich auch im Konsum nieder. Wenn die Firmen Gewinne einbehalten, statt die Löhne zu erhöhen, mangelt es an Kaufkraft. Und die tiefen Zinsen führen im Fall der Schweiz zu tieferen Pensionskassenrenten. Der Konsum pro Kopf wuchs 2019 kaum mehr bzw. fast nur noch in der Größenordnung der Gesundheitsdienstleistungen.

<sup>10</sup> <https://www.bundesbank.de/resource/blob/818558/348572e91886fb9af4c9fd13cac4218b/mL/2019-12-monatsbericht-data.pdf>

<sup>11</sup> Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen erhöhen die staatlichen Nettovermögen. Deutschland, die Niederlande u.a. bauen spürbar Fremdkapital ab (s. die Übersicht im OECD Economic Outlook, [www.oecd.org/economy/outlook/Fiscal-balances-and-Public-Indebtedness-november-2019.xls](http://www.oecd.org/economy/outlook/Fiscal-balances-and-Public-Indebtedness-november-2019.xls), Tabelle „General government net financial liabilities“).

## Realer Pro-Kopf-Konsum

(2010=100)



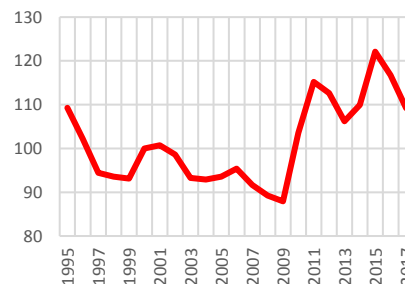
Der Franken ist nach wie vor stark überbewertet – insbesondere gegenüber den Währungen unserer wichtigsten Handelspartner wie Deutschland. Dazu kommt, dass die Devisenmarktakteure beispielsweise bei steigenden politischen Unsicherheiten nach wie vor vermehrt Franken kaufen wollen, was zu zusätzlichem Aufwertungsdruck führt.

## Realer Frankenkurs gegenüber Deutschland, 2000=100

(Konsumentenpreise)



(Lohnstückkosten in der Industrie)



Quelle: SNB, Eurostat, Berechnungen SGB

## Unmittelbarer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf: bessere Renten, weniger Abgaben, equal pay, tiefe Einkommen entlasten, höhere Löhne, schwächerer Franken

Wirtschaftspolitisch stehen wir vor grossen Weichenstellungen. Nur eine Ökonomie, welche der gesamten Bevölkerung nützt, hat Zukunft. Ein zentrales Dossier im laufenden Jahr ist die Altersvorsorge. Der SGB wird im März die Unterschriftensammlung zur 13. AHV-Rente starten – um die schleichende Privatisierung und Entsolidarisierung in der Altersvorsorge zu stoppen. Ein grosses Potenzial hat auch der Sozialpartnerkompromiss zum BVG, welcher u.a. über die solidarisch finanzierte Umlagekomponente die Rentensituation von Frauen, Teilzeitarbeitenden und unteren Einkommen verbessert. Mit der Einreichung der Initiative für höhere Prämienverbilligungen ist die Forderung einer gerechteren Finanzierung des Gesundheitswesens nun in Bundesbern lanciert. Das Bundesparlament muss die Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose mindestens gemäss dem

Bundesratsvorschlag beschliessen. Damit würde nicht nur den Betroffenen geholfen, sondern auch der Trend zu einer schlechteren sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit gebrochen.

Eine grosse Herausforderung ist es, die Menschen in den Firmen wieder näher zusammen zu bringen. Für den SGB prioritär ist es, neue Missbräuche über die „Plattformwirtschaft“ und die Scheinselbständigkeit zu verhindern, sowie die Einführung des Gleichbehandlungsprinzips („Equal pay“) bei der Temporärarbeit und die Wiederintegration von ausgelagerten Reinigungstätigkeiten u.a. bei der öffentlichen Hand.

Von der SNB erwartet der SGB, dass sie aktiver auf einen fairen Frankenkurs hinwirkt. Weiter setzt sich der SGB dafür ein, dass ein Teil der SNB-Gewinne zur Finanzierung der AHV verwendet wird. Die von gewissen Banken geforderte Abschaffung der Negativzinsen wäre für den Frankenkurs hingegen nicht nur fatal, sondern sie würde unter Umständen sogar zu noch tieferen langfristigen Zinssätzen führen (über eine aufwertungsbedingte Negativsteuerung). Wenn es den Kritikern der Negativzinsen ernst ist, sollen sie die Löhne erhöhen. Das wäre eine wirksame Massnahme für höhere Langfristzinsen, indem die Teuerung und der Konsum steigen würden.